

Petersberger - Info

DIE LINKE. Offene Liste in der Gemeindevertretung Petersberg

Februar 2019

Fusion Fulda: CDU verhindert sachorientierte Debatte

Die CDU lehnt eine sorgfältige Prüfung der vom Fuldaer Oberbürgermeister befürworteten Fusion mit den stadtnahen Gemeinden ab.

Im Gegensatz zur Petersberger CDU fordert Die Linke. Offene Liste eine unvoreingenommene und sachorientierte Debatte über die Vor- und Nachteile einer Fusion oder einer engeren Zusammenarbeit der Stadt Fulda mit den Nachbargemeinden Petersberg und Künzell. Die Vorsitzenden der Fraktionen der Linke. Offene Liste in Fulda und Petersberg, Karin Masche und Michael Wahl, fordern in einer gemeinsamen Mitteilung die CDU auf, mit ihrem Streit in dieser Frage eine sachorientierte Debatte nicht weiter zu blockieren.

Während der aus Petersberg stammende CDU Oberbürgermeister der Stadt Fulda von Vorteilen für alle Kommunen spricht, lehnen die CDU Politiker in Petersberg in der Gemeindevertretung eine Einladung zum Informationsaustausch ab.

Im Gegensatz zur zerstrittenen CDU ist sich Die Linke. Offene Liste einig, ohne Zustimmung der Bürger aller Kommunen darf es zu keiner Fusion kommen. Statt übereinander zu reden, sollten alle Argumente auf den Tisch

gelegt und abgewogen werden. Erst nach einer umfassenden Information über alle Vor- und Nachteile können die Bürger eine vernünftige Entscheidung treffen.

Die Weigerung der Petersberger CDU, eine solche Abwägung vorzunehmen, deutet eher auf Ängste hin, eigene Einflussmöglichkeiten zu verlieren. Es geht aber nicht um die Einflussmöglichkeiten von Politikern sondern um die Bedürfnisse der Bürger, so die beiden Fraktionsvorsitzenden der Linken. Offenen Liste.

Die Debatte sollte aus dem Blickwinkel der Auswirkungen auf die Bürger geführt werden. Eine umfassende Information und Abwägung ist daher geboten. Populistische Äußerungen, wie „Wir lassen uns nicht eingemeinden sind“ tragen nicht zu einer sachlichen Meinungsbildung bei. Vielmehr ist zu fragen, welche Konsequenzen eine Fusion hätte z.B. im Hinblick auf

- die Steuerlast der Bürger
- die Abgaben der Bürger,
- die Bürgernähe
- den öffentlichen Nahverkehr
- die Vereine, die Feuerwehr
- die Schulen
- Menschen die auf soziale Unterstützung angewiesen sind
- die Gesundheitsvorsorge
- die Jugend- Senioren- und Sportförderung, und, und,.....

Auch wäre zu klären, welche Wirkung ein Zusammenschluss auf die Kreisumlage, Schulumlage und Schlüsselzuweisungen hätte.

Diese und noch viel mehr Fragen könnte man ohne Aufgeregtheit klären. Die Angstmache von Petersberger CDU Politikern, wonach durch eine Debatte eine Übernahme drohe ist völlig irrational.

Wir sind nicht der Meinung, größer sei gleich besser. Auch sollten gewachsene Strukturen nicht leichtfertig geopfert werden. Aber sich nicht über angebliche Vorteile einer Fusion zu informieren, bezeichnen wir als fahrlässig.

So ist zum Beispiel die Grundsteuer A und B in der Stadt Fulda niedriger. Auch fahren dort Anrufsammeltaxis in die Ortsteile. Wer das Interesse der Bürger in den Vordergrund stellt, informiert sich und die Bürger umfassend.

Aus dem Inhalt:

Seite 2

- Grunderwerbssteuer
- Anrufsammeltaxi
- Neue Besen kehren gut

Seite 3

- Straßenausbaubeiträge
- Bürgerbus

Seite 4

- Neubau Kindergarten
- Schäden an Tempohügeln

DIE LINKE. Offene Liste

Unnötige hohe Grundsteuer

Wer in Petersberg einen Bauplatz von der Gemeinde erwirbt, zahlt unnötige hohe Steuern.

Laut den Steuerbescheiden, die die Käufer von Bauplätzen auf dem Krähenfeld II und oberen Himmelsacker erhielten, wurde die Grunderwerbssteuer auf den gesamten Kaufpreis erhoben. Damit erhöht sich die Steuer für die Käufer teilweise um mehrere Tausend Euro.

Durchschnittlich 3000,- Euro zusätzlich müssen die Käufer in Petersberg durch die ungünstigen Kaufträge der Gemeinde an das Finanzamt zahlen.

Wir haben daher den Gemeindevorstand aufgefordert ab sofort, Baugrundstücksverkäufe und deren Kaufverträge so zu gestalten, dass die Käufer beim Erwerb der Baugrundstücke die Grunderwerbssteuer nur auf den Grundstückspreis

und nicht noch zusätzlich auf den Erschließungspreis zahlen müssen.

Bereits im April letzten Jahres haben den Gemeindevorstand um Klärung gebeten. Bis heute wurde immer noch keine Entscheidung getroffen. Dabei konnten wir klären das andere Gemeinden bzw. die Stadt Fulda bereits seit längerem die Kaufverträge so gestalten, dass die Erschließungsbeiträge nicht zur Grunderwerbssteuer herangezogen werden.

Die CDU in der Gemeindevertretung hat auch diesen Antrag abgelehnt. Nach ihrer Auffassung solle noch eine weitere rechtliche Prüfung abgewartet werden. Wir hoffen, dass die Gemeinde möglichst bald die Verträge anpasst. Auch sollten die Bürger die aufgrund der schlechten Vertragsgestaltung mehr tausend Euro Steuern mehr gezahlt haben unterstützt werden.

Anrufsammeltaxi

Ablehnung durch CDU und CWE

Bereits mehrmals haben wir angeregt endlich für bessere Anbindung der Ortsteile an den ÖPNV zu sorgen.

Wir wollen eine Anbindung aller Ortsteile an das Anrufsammelsystem der Stadt Fulda. Damit würden die Ortsteile auch nach 19.30 Uhr und auch Samstags nach 14.30 Uhr und Sonntags erreichbar sein. Was für Bernhards und Dietershan möglich ist sollte auch für die Petersberger Ortsteile realisierbar sein. Gerade für unsere Jugendlichen und für unsere älteren Bürger ist ein ordentlich ausgebauter Öffentlicher Nahverkehr von großer Wichtigkeit.

Leider scheinen in der CDU geführten Gemeinde Petersberg Menschen, die auf den ÖPNV angewiesen sind, nicht so wichtig zu sein. 500.000,- Zuschuss für ein Parkhaus hingegen sind für CDU und CWE kein Problem.

Neue Besen sollten gut kehren

Auszüge aus unserer Haushaltsrede:

Ein Sprichwort sagt, „neue Besen kehren gut“

Seit neun Monaten haben wir nun einen neuen Verwaltungschef.

Unsere Hoffnung auf einen frischen Wind in der Gemeinde wurde bisher leider nur punktuell erfüllt. Einigen wenigen guten Ansätzen beim Thema Transparenz stehen doch noch sehr viele verkrustete Strukturen gegenüber. Sicherlich muss man einem neuen Bürgermeister Zeit geben sich zu

orientieren und sich mit den vorhandenen Strukturen und Gewohnheiten vertraut zu machen. Aber etwas mehr Mut hätten wir uns schon gewünscht.

Wir denken, es wäre jetzt an der Zeit für eine umfassende Analyse der Arbeit der Gemeindeverwaltung und eine transparente Diskussion über Verbesserungsmöglichkeiten.

Das Gleiche gilt auch für die Gemeindegremien. Mit unserem Vorschlag behaupten wir nicht, dass alles schlecht sei.

Es geht nicht darum Vorwürfe zu

formulieren, sondern um die Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen.

Wir jedenfalls wären an solch einer Erarbeitung stark interessiert und bieten auch unsere Mitarbeit hierzu an.

Uns ist klar, hierzu gehört Mut zur Transparenz und die Fähigkeit andere Argumente anzuhören und abzuwägen. Ich appelliere an sie Herr Bürgermeister „Haben sie den Mut dazu, folgen sie dem Sprichwort, „Neue Besen kehren gut“.“

Straßenausbaubeiträge

Im Mai 2018 wurde zu den Straßenbeiträgen eine neue gesetzliche Grundlage geschaffen.

Diese erlaubt es den Gemeinden eigenständig ohne die Einschränkungen eines Finanzvorbehaltes Straßenbeiträge zu erheben oder auch abzuschaffen. Seit Sommer 2018 hat die Gemeinde daraufhin, abweichend von der gültigen Straßenbeitragssatzung, die Beitragsbescheide für die Straßenbeiträge ausgesetzt.

Bis heute ist noch keine Entscheidung über die weitere Verfahrensweise getroffen wurden. Wegen dieser Rechtsunsicherheit sollten nach unserer Auffassung

keine neuen Maßnahmen mit Kostenbeteiligung der Bürger durchgeführt werden.

Die 2019 geplanten Maßnahmen erlauben ein Verschieben auf das Folgejahr, zumal die Investitionen im Jahr 2019 immer noch eine Rekordhöhe erreichen.

Auf Initiative der CDU wurde allerdings die Verschiebung der Erneuerung der Straßenlampen nicht beschlossen. Die Erneuerung der Milseburgstraße wurde hingegen, wie von uns beantragt auf das Jahr 2020 verschoben. Bis dahin sollte Klarheit über die Straßenbeiträge hergestellt sein.

Auch noch offene Bescheide für den Felsenkeller werden bis zur Klärung der weiteren Verfahrensweise nicht versandt.

Wir bleiben bei unserer Forderung die Straßenbeiträge abzuschaffen. Über 50 Kommunen in Hessen haben die Beiträge bereits abgeschafft bzw. noch nie welche erhoben. Die Straßenbeiträge sind ungerecht und führen zu extremen Belastungen für die Bürger. Es ist nicht einzusehen, warum Bundes-, Landes- und Kreisstraßen über Steuern finanziert werden, die Gemeindestraßen aber über Beiträge.

Wir fordern nochmals auf, endlich zu einer Entscheidung für Petersberg zu kommen.

Bürgerbus

Die CDU unsere Initiative abgelehnt, 5000€ im Haushalt bereitzustellen, um Initiatoren für einen Bürgerbus - falls nötig – zu unterstützen.

Der Bürgerbus ist ein Projekt der Landesregierung zur Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum und zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements.

Wenn ein Träger genug ehrenamtliche Fahrer findet, um einen Acht-Sitzer-Bus an mindestens zwei Wochentagen mindestens vier Stunden zu steuern, und ein Betriebskonzept entwickelt worden ist, dass die Refinanzierung nach acht Jahren sicherstellt, übereignet das Land dem Träger einen solchen Bus. In mehr als 35 hessischen Kommunen

sind solche Busse bereits im Einsatz für Fahrten z.B. zu Ärzten, Friedhöfen, Geschäften.

Die für 2019 vom Land bereitgestellten 1,2 Mio.€ reichen für ca. 40 Busse und ihre Einrichtung (u.a. Gesundheitscheck der Fahrer und Beratung bei der Entwicklung des Betriebskonzepts. Je früher sich eine Initiative beim Ministerium bewirbt, desto besser sind die Chancen berücksichtigt zu werden.

Wir wollen nun auf diesem Weg, ehrenamtliche Fahrer zu finden. Wenn Sie gerne Auto fahren und kontaktfreudig sind, rufen Sie bei Martina Rahn, Tel. 0661 606186 an! Und hören Sie sich auch im Bekanntenkreis um!

Für Anregungen und Kritik sind wir immer dankbar. Bitte wenden sie sich direkt an uns:

Michael Wahl
Tel. 0661 64141

Martina Rahn
Tel. 0661 606186

Andrea Kreipl-Möller
Tel. 0160/93865232

oder an die unten genannte E-Mail Adresse.

**DIE LINKE.Offene Liste
in der Gemeindevertretung
Petersberg**

**Vors.
Michael Wahl
Kirschgrund 3
36100 Petersberg**

**michaelwahl@t-online.de
www.linke-kreis-fulda.de**

Neubau von zwei Kindergärten

In diesem Jahr soll mit dem Bau von zwei neuen Kindergärten in der Gemeinde begonnen werden.

In der Kerngemeinde Petersberg soll im Bereich Hutweide ein neuer Kindergarten gebaut werden. Wir finden, dass die Gemeinde hier vorbildlich vorgegangen ist. Über eine Ausschreibung wurden mehrere Varianten der Gestaltung ermittelt. Das so beabsichtigte Vorhaben wurde anschließend in einer Bürgerversammlung im Propsteihaus ausführlich besprochen.

In der Planung für den Kindergarten in Marbach hängt man zeitlich noch etwas hinterher. Allerdings wurde bereits beschlossen vier Ü3 und eine U3 Gruppe in dem neuen Kindergarten zu installieren. Diese Entscheidung entspricht auch der Bedarfsplanung. Damit erfüllt die Gemeinde ihre gesetzlichen Verpflichtungen.

In der Bauausschusssitzung wurde für beide Kindergärten die Offenlegung der Entwürfe der Flächennutzungs- und der Bebauungspläne beschlossen.

Damit besteht für die Bürger nun

Anregungen zu den geplanten Plänen einzubringen.

In einer öffentlichen Fraktionssitzung möchten wir mit den Bürgern über ihre Vorstellungen und Wünsche, auch im Hinblick auf die verkehrliche Anbindung sprechen.

Es wäre schön, wenn sich hierzu zahlreiche Bürger mit einbringen.

Versammlung:

Am: 07. Februar

Um: 19.00 Uhr

Wo: Bürgerhaus Marbach

Schäden an Tempohügel

Erneut weisen die erst neu geschaffenen Tempohügel (auch Genuss Hügel genannt) Schäden auf. Wir haben daher folgende Anfrage eingereicht:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

ich bitte den Gemeindevorstand folgende Anfrage nach § 15(1) der Geschäftsordnung schriftlich zu beantworten:

Im Frühjahr 2018 wurden mehrere der neugebauten Tempohügel saniert. Inzwischen weist mindestens einer dieser Tempohügel erneut Schäden auf.

- Wie viele der Tempohügel sind erneut beschädigt?
- Wie viele Tempohügel sind insgesamt beschädigt?
- Wann werden diese Schäden beseitigt?
- Welche Ursachen haben diese Schäden?
- Kann sichergestellt werden, dass die Schäden dauerhaft vermieden werden?
- Mit welchen Kosten ist für die Beseitigung der Schäden zu rechnen und wie lange übernimmt die Baufirma diese im Rahmen der Gewährleistung?

Antworten demnächst in der Gemeindezeitung

Einladung

Liebe Bürgerinnen und Bürger, hiermit laden wir Sie zu unserer öffentlichen Fraktionssitzung ein.

Themen:

Kindergartenneubau

Bürgerbus

Straßenausbaubeiträge

Am: 07. Februar

Um: 19.00 Uhr

Wo: Bürgerhaus Marbach

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

„Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.“

George Bernard Shaw

Mischen Sie sich ein, Demokratie muss gelebt werden.